



Die neue Verwaltungsgerichtsbarkeit im Sozialversicherungsrecht

Univ.-Prof. Dr. Katharina Pabel

Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

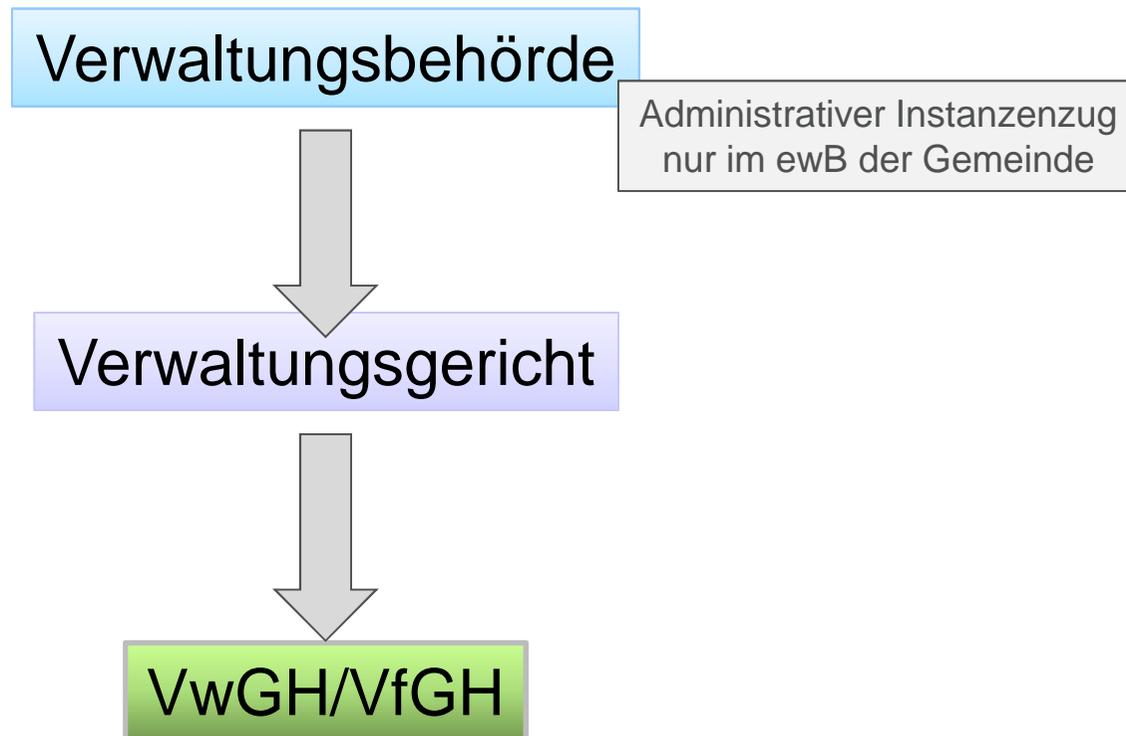


Grundzüge der Neuorganisation des Rechtsschutzes im Verwaltungsrecht - 1

- Grundsätzliche Abschaffung des administrativen Instanzenzuges
(*Ausnahme*: eigener Wirkungsbereich der Gemeinden,
Gegenausnahme: Tirol, Stadt Graz, Stadt Salzburg)
- Rechtsschutz im Wege der **Beschwerde an das
Verwaltungsgericht**
- Abschaffung einer Vielzahl von Sonderbehörden
- Änderung der Funktion des VwGH Revisionsgericht



Grundzüge der Neuorganisation des Rechtsschutzes im Verwaltungsrecht - 2





Verfahren nach dem ASVG

- Leistungssachen, § 354 ASVG
 - Behörde: Sozialversicherungsträger
 - Grundsatz: Anwendung des AVG, Ausnahmen: § 360b ASVG
 - Rechtsschutz: Arbeits- und Sozialgericht, § 65 Abs 1 ASGG

- Verwaltungssachen, § 355 ASVG
 - Behörde: Sozialversicherungsträger
 - Anwendung des AVG in vollem Umfang
 - Rechtsschutz: Bundesverwaltungsgericht



Abschaffung von Sonderbehörden nach dem ASVG

Abgeschaffte Behörden:

Landesberufungskommissionen

Bundesschiedskommission

Unabhängige Heilmittelkommission

Neu eingerichtete Behörde:

Bundesschiedskommission



Bundesverwaltungsgericht – Bundesfinanzgericht – Landesverwaltungsgericht

- Abgrenzung der Zuständigkeiten nach Art 131 B-VG
- Abweichende Regelungen in Materiengesetzen aufgrund verfassungsgesetzlicher Ermächtigung möglich
- Regelungsstruktur:
 - **Generalklausel** zugunsten Zuständigkeit der **LVwG**
 - Zuständigkeit des **BFG**: Angelegenheit der öfftl. Finanzen
 - Zuständigkeit des **BVwG**: Angelegenheiten, die in unmittelbarer Bundesverwaltung vollzogen werden



Zuständigkeit im Sozialversicherungsrecht - 1

- Begründung der Zuständigkeit des BVwG durch das ASVG
- Im Einzelnen:
 - Zuständigkeit des BVwG für Beschwerden gegen Bescheide der Versicherungsträger und des BMask in Verwaltungssachen; Säumnisbeschwerden (§ 414 ASVG)
 - Zuständigkeit des BVwG für Beschwerden gegen Bescheide der Paritätischen Schiedskommission, der Landesschiedskommissionen und der Bundesschiedskommission; Säumnisbeschwerden (§ 347a ASVG)



Zuständigkeit im Sozialversicherungsrecht - 2

- Im Einzelnen (Fortsetzung):
 - Zuständigkeit des BVwG für Beschwerden gegen Bescheide der Aufsichtsbehörden; Säumnisbeschwerden (§ 452a ASVG)
 - Zuständigkeit des BVwG für Beschwerden in Zusammenhang mit der Versagung der Aufnahme einer Arzneyspezialität in den Erstattungskodex (§ 351h ASVG)



Fragen der Gerichtsorganisation

- Beteiligung von Laienrichtern in Verfahren nach dem ASVG
- Beteiligung von Laienrichtern in Verfahren nach dem AIVG
- Bildung von Senaten beim BVwG bestehend aus
 - einem Berufsrichter als Vorsitzendem
 - der im ASVG/AIVG vorgesehen Anzahl von Laienrichtern als Beisitzern



Beschwerden in Verwaltungssachen, § 414 ASVG

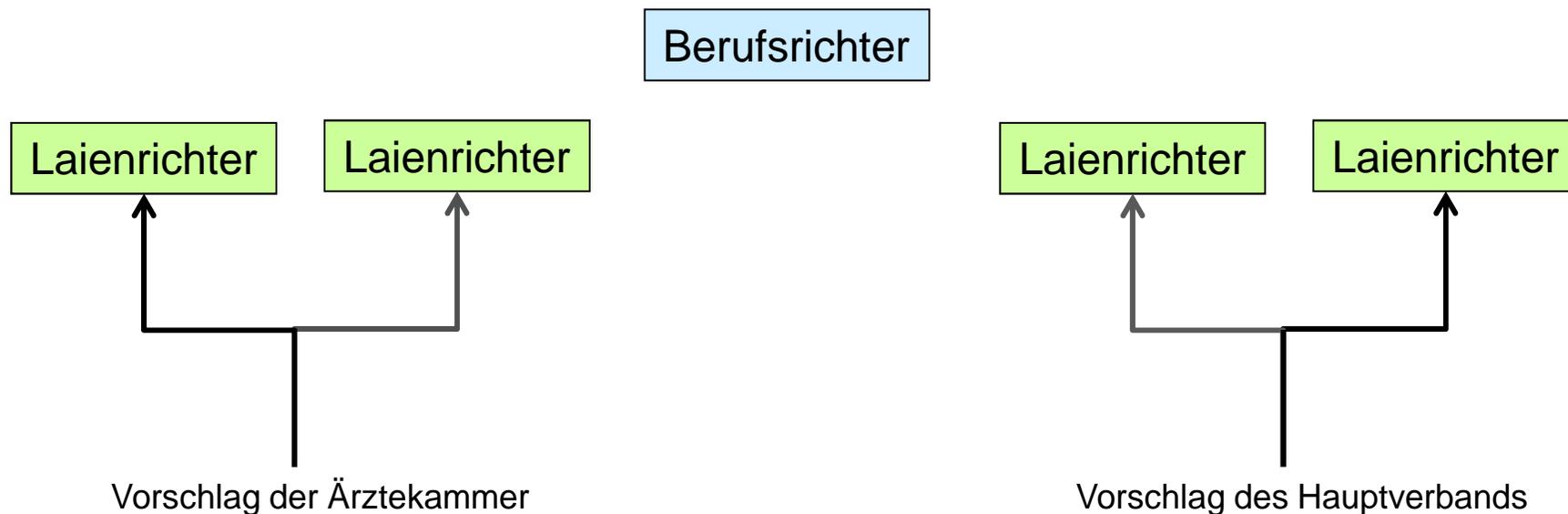
- Einzelrichterzuständigkeit – Senatszuständigkeit
Differenzierung nach Verfahrensgegenständen
- Entscheidung durch Senat nur nach Antragstellung der Partei
- Senatsbesetzung:





Beschwerden in Angelegenheiten der Schiedsverfahren, § 347a ASVG

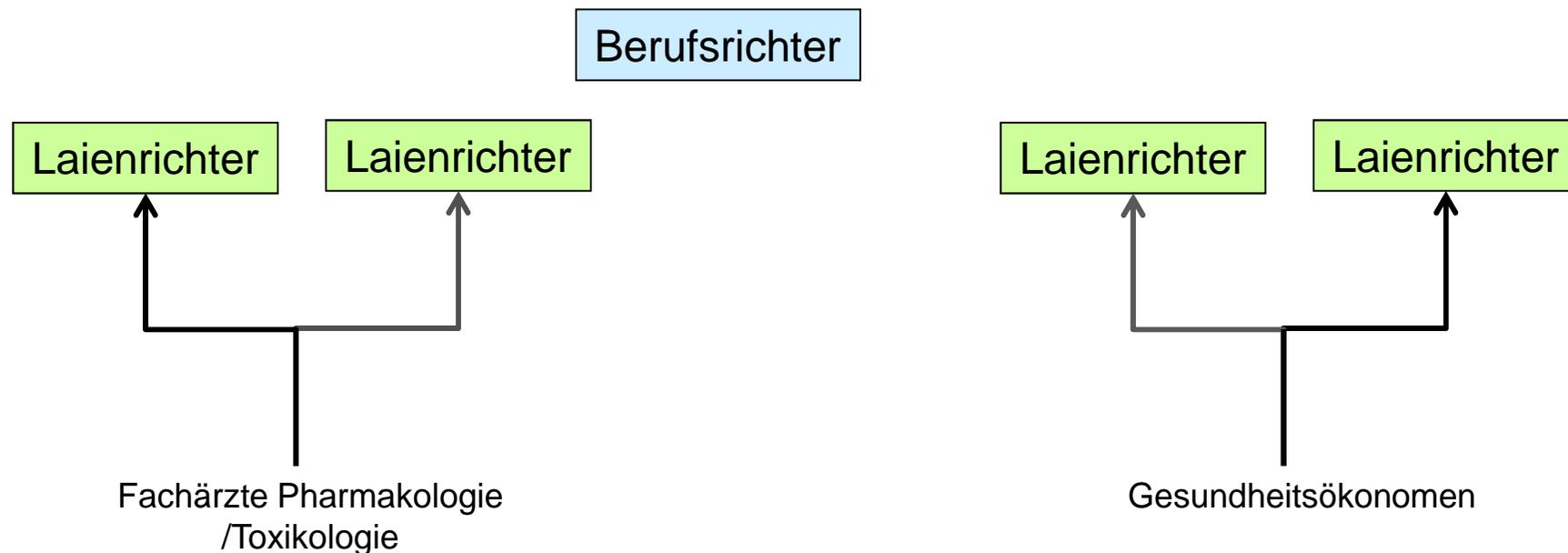
- Senatszuständigkeit
- Senatsbesetzung:





Beschwerden in Angelegenheiten des Erstattungskodex, § 351i ASVG

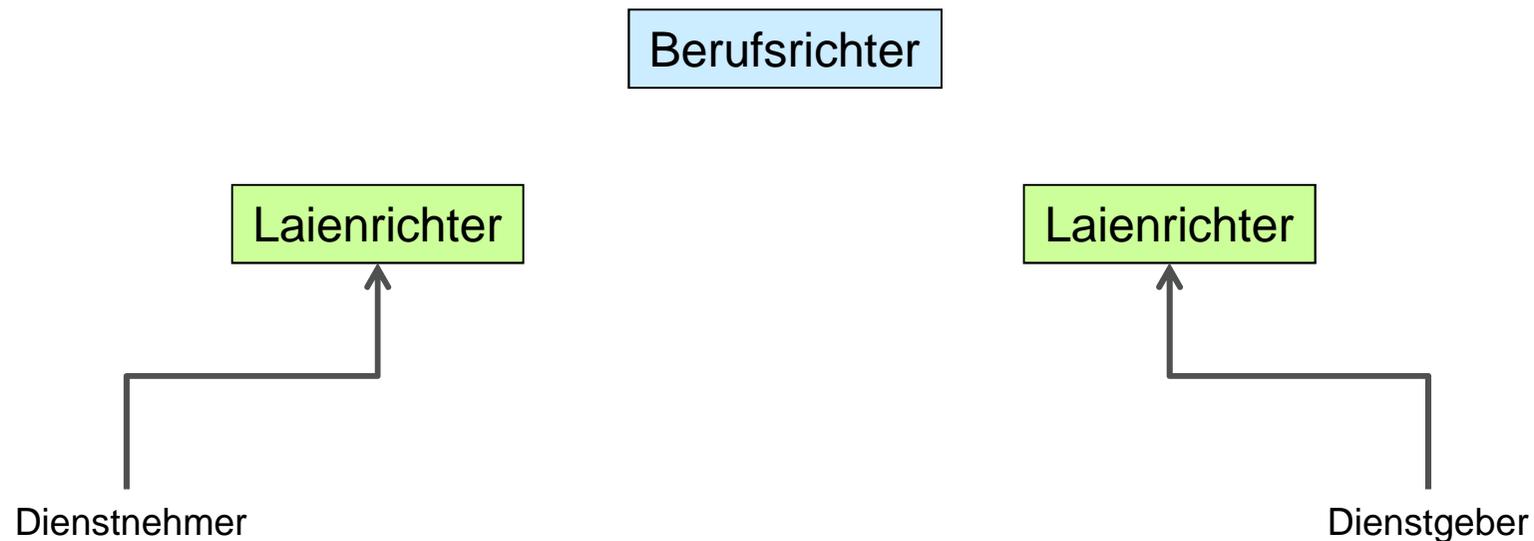
- Senatszuständigkeit
- Senatsbesetzung:





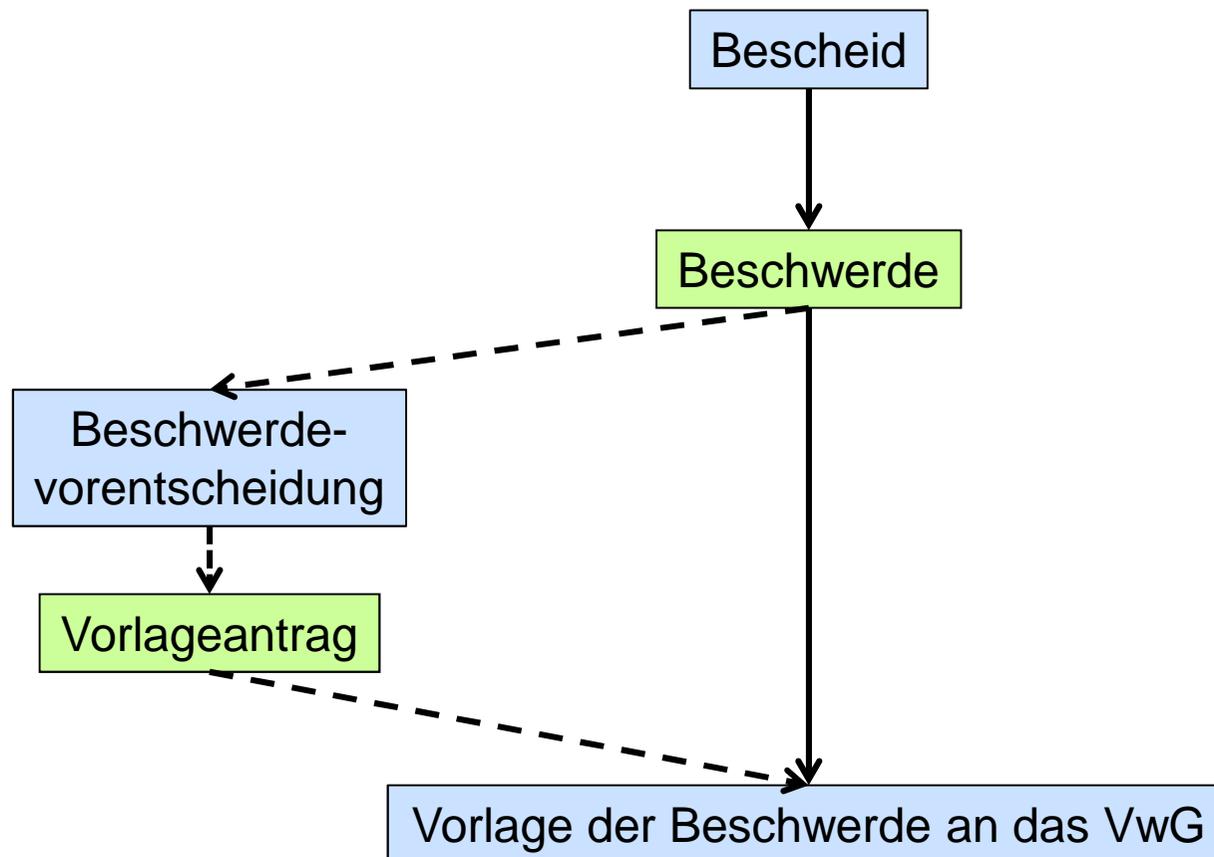
Beschwerden in Angelegenheiten nach dem AIVG, § 56 AIVG

- Entscheidung durch Senat
- Senatsbesetzung:





Verfahren vor dem VwG - Übersicht





Anforderungen an die Beschwerde

- **Beschwerdefrist:** 4 Wochen ab Zustellung des Bescheides, § 7 Abs 4 VwGVG
 - **Einbringungsstelle:** belangte Behörde, § 12 VwGVG
 - **Kein Anwaltszwang**, § 17 VwGVG, § 10 AVG
 - **Inhalt**, § 9 VwGVG
 - Bezeichnung des angefochtenen Bescheides und der belangten Behörde
 - Angabe der **Gründe**, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt
 - **Beschwerdebegehren**
 - Angaben bzgl Rechtswidrigkeit der Beschwerde
- } Umfang der Entscheidungsbefugnis, § 27 VwGVG



Beschwerdevorverfahren

- Möglichkeit der **Selbstkontrolle der Verwaltung**
- Im Abhilfefall: schneller und kostengünstiger Rechtsschutz für den Beschwerdeführer
- Verfahren:
 - Möglichkeit der Beschwerdeentscheidung durch die belangte Behörde
 - Frist: 2 Monate ab Eingang der Beschwerde
 - Entscheidungsmöglichkeiten: Aufhebung oder Abänderung des Bescheides, Zurückweisung oder Abweisung der Beschwerde
 - Dagegen: Vorlageantrag an das VwG



Die Gerichtsförmigkeit des Verfahrens vor dem VwG

- Belangte Behörde ist **Partei** im Verfahren vor dem VwG, § 18 VwGVG
 - Kommunikation mit dem VwG
 - Teilnahme an der mündlichen Verhandlung; kein Anwaltszwang

- Durchführung der mündlichen Verhandlung, § 24 VwGVG
 - auf Antrag oder von Amts wegen, wenn erforderlich
 - Absehen von der mündlichen Verhandlung, wenn mündliche Erörterung keine weitere Klärung erwarten lässt und Art 6 EMRK und Art 47 GRC nicht entgegenstehen
 - EGMR: bei Entscheidungen über sozialversicherungsrechtliche Ansprüche, die ausschließlich rechtliche oder in hohem Maße technische Fragen aufwerfen, kann im Hinblick auf die Verfahrensökonomie und -effektivität die mündl. Verhandlung entfallen



Besonderheiten des Verfahrens in Zusammenhang mit dem Erstattungskodex, § 351 h ASVG

- Schaffung von Sonderverfahrensrecht (vgl Art 136 Abs 2 B-VG)
 - Ausschluss des Beschwerdeverfahrens zur Sicherung der europarechtlich determinierten Beschwerdedauer
 - „Einbringungsbehörde“: www.sozialversicherung.at
 - Neuerungsverbot
 - Sonderregelungen bzgl der aufschiebenden Wirkung



Rechtsschutz gegen VwG: Revision an den VwGH

- Zulässigkeit der Revision nur, wenn Erkenntnis von der Lösung einer Rechtsfrage abhängt, **der grundsätzliche Bedeutung** zukommt, Art 133 Abs 4 B-VG
- Differenzierung zwischen **ordentlicher** und **außerordentlicher** Revision
- **Revisionslegitimation**
 - Parteien des Verfahrens vor dem VwG
 - Amtsparteien, zB BMASK (§ 415 ASVG), zB Österr. Ärztekammer und Hauptverband im Schiedsverfahren (§ 348 Abs 4 ASVG)
- **Revisionsfrist:** regelmäßig 6 Wochen



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Univ.-Prof. Dr. Katharina Pabel

Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Johannes Kepler Universität Linz
Altenberger Straße 69/4040 Linz

katharina.pabel@jku.at